



Presseschau vom 04.07.2019

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten [dnr-online](#), [lnr-portal](#), [Novorossia](#), [dnr-news](#), [novorosinform](#) u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken [dan-news](#), [lug-info](#). Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. [BigMir](#), [UNIAN](#), [Ukrinform](#), [KorrespondentT](#) und die Online-Zeitung [Timer aus Odessa](#) ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen [aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot](#) ([dnr-online](#), [lnr-portal](#), [Novorossia](#), [dan-news](#), [lug-info](#), [dnr-news](#), [novorosinform](#) u.a.) und [ukrainische Quellen in Blau](#) ([BigMir](#), [Ukrinform](#), [UNIAN](#), [KorrespondentT](#) und [Timer](#)) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen [aus Sozialen Netzwerken](#) sind [violett](#) gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

abends/nachts:

de.sputniknews.com: **Doch keine Waffenruhe im Handelskrieg? US-Konzerne könnten Produktion aus China verlagern – Medien**

Laut der Nachrichtenagentur Reuters planen zahlreiche US-Technologiekonzerne, ihre Produktion aus China - aufgrund des Handelskonflikts zwischen Washington und Peking - in andere Länder zu verlagern.

So erwägen die US-amerikanischen Computerhersteller Dell und HP, bis zu 30 Prozent ihrer Notebook-Produktion in China auf andere Länder umzuverteilen, meldet Reuters mit Verweis auf die japanische Wirtschaftszeitung „Nikkei“. Stellungnahmen von Dell und HP diesbezüglich liegen derzeit nicht vor.

Google, Amazon, Microsoft, Sony und Nintendo sollen ebenfalls prüfen, Teile ihrer Produktionsstätten aus dem Land zu verlegen.

Im vergangenen Monat hatte „Nikkei“ in diesem Zusammenhang berichtet, dass der iPhone-Hersteller Apple seine Hauptzulieferer beauftragt hätte, die Kosten einer Verlagerung von 15 bis 30 Prozent ihrer Produktionskapazitäten von China nach Südostasien aufzulisten. Apple bereitet sich offenbar auf eine Umstrukturierung seiner Lieferkette vor.

Im seit Monaten schwelenden Handelsstreit zwischen den beiden Wirtschaftsmächten haben sich die Präsidenten der USA und Chinas am Rande des jüngsten G20-Gipfels auf eine Art „Waffenstillstand“ geeinigt. Die Amerikaner werden keine neuen Tarife einführen und sind bereit zur Wiederaufnahme der Handelsverhandlungen.

Wpered.su: Die Sache Georgi Dimitroffs wird bis zum vollständigen Sieg fortgesetzt werden

Am 2. Juli 2019 war der 70. Todestag Georgi Michajlowitsch Dimitroffs, eines herausragenden Aktivisten der internationalen Arbeiterbewegung, eines der Organisatoren des internationalen Kampfes gegen Krieg und Faschismus, für Frieden und Kommunismus. Sein ganzes Leben widmete Georgi Dimitroff dem Kampf für die Arbeiterklasse, dem Kampf gegen den Faschismus. Seine genaue Definition des Faschismus als die Herrschaft des Finanzkapitals selbst, die Organisation terroristischer Repressionen gegen die Arbeiterklasse und den revolutionären Teil der Bauernschaft und der Intelligenz ist auch in unseren Tagen aktuell.

Die Herrschaft des Finanzkapitals brachte die Welt zum Kollaps. Auf dem ganzen Planeten verbreiten sich Metastasen der imperialistischen Politik der Gewalt, des Krieges und des menschlichen Leids. Das kapitalistische System hat gezeigt, dass es für kein einziges Land den Frieden garantiert. Und wie Georgi Dimitroff analysierte, kommt der Faschismus, eine Frucht des Finanzkapitals, wieder auf die vordere Bühne der Weltpolitik.

Erscheinungsformen von faschistischer Politik und Methoden ihrer Realisierung sehen wir von Seiten der USA und des globalen Finanzkapitals in Lateinamerika – Chile, Nicaragua, Kuba, Venezuela. In Afrika und im Nahen Osten – Libyen, Irak, Syrien, Iran. In den europäischen Ländern hebt der Faschismus den Kopf und sitzt schon in Parlamenten und strebt danach, in Regierungen zu kommen. Und auf sowjetischer Erde, der Erde des Volkes der Sieger, der Befreier der Welt vom deutschen Faschismus, sind profaschistische Kräfte, die von Stalin und Dimitroff nicht vollständig zerschlagen wurden, wieder aufgekeimt.

Großgezogen durch Gelder der internationalen Oligarchie haben sie den Kopf gehoben und die Macht in der Ukraine ergriffen. Indem sie einen Krieg gegen die international sehr gefestigte Bevölkerung des Donbass entfacht haben, setzten die Neofaschisten einen Sprengsatz unter die brüderliche, historisch gefestigte Freundschaft der Völker der ehemaligen UdSSR.

In Moskau, am Denkmal für Georgi Dimitroff, fand an seinem Gedenktag eine Kundgebung statt, die von der Abgeordneten der Moskauer Stadtduma Jelena Schuwalowa und der Interbrigade des Moskauer Stadtkomitees der KPRF organisiert worden war. An der Kundgebung nahm der erste Sekretär des ZK der KP der DVR Boris Litwinow mit einem Redebeitrag teil.

In seiner Rede unterstrich Boris Alexejewitsch, dass Georgi Dimitroff historisch nicht nur zu Bulgarien gehört, er war Sowjetbürger, sowjetischer Staatsmann und gleichzeitig war er ein Führer von Arbeitern aller Länder der Welt. In den Jahren der Sowjetmacht wurden nach ihm Städte, Plätze, Straßen benannt, ihm wurden Denkmäler errichtet. Aber in der heutigen Ukraine ist der Name Dimitroffs absolut von der Landkarte radiert, die Denkmäler vernichtet, sein Andenken der Vergessenheit übergeben.

Aber anders verhalten sich die Bürger und Führer der Donezker Volksrepublik gegenüber dem Namen Dimitroffs. Seinen Namen trägt ein Boulevard in Gorlowka, eine Straße im Budjonnowskij-Bezirk von Donezk, Straßen in Makejewka und anderen Städten der DVR. Unter Führung G. Dimitroffs als Generalsekretär der Komintern wurde die Aufgabe der notwendigen Einheit der kommunistischen, sozialistischen und aller antifaschistischen Kräfte im Kampf gegen die militärisch-nationalistische Diktatur Francos formuliert. In der Praxis drückte sich das in der Formierung der Interbrigaden zur Verteidigung der Spanischen Republik aus. Weiter zog Boris Litwinow eine Parallele zwischen dem Kampf der Internationalisten gegen den Faschismus in Spanien und der Beteiligung von Internationalisten am Kampf gegen den ukrainischen Nationalismus im zweiten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts. Hunderte von Antifaschisten aus Dutzenden von Ländern der Welt sind zur Verteidigung der Volksrepubliken in den Donbass gekommen. Antifaschisten aus den Oblasten der Ukraine, Frankreich, Serbien, Israel, Deutschland, Ländern des Baltikums und Lateinamerikas, den USA, Abchasien, Südossetien, aus anderen Ländern und natürlich aus der Russischen Föderation kämpfen mutig gegen die ukrainischen Besatzer des Donbass. Nach

der Ausrufung der Deklaration über die Souveränität der DVR am 14. April 2014 begann die ukrainische Regierung einen Bürgerkrieg im Osten der Ukraine. Und nach dem allgemeinen Referendum, bei dem die Menschen „Ja“ zur Souveränität der DVR sagten, nahm der Krieg für den jungen Staat den Charakter eines vaterländischen Kriegs an. Zum Abschluss seiner Rede teilte Boris Litwinow den Kundgebungsteilnehmern mit, dass am 10. Mai, am Vortrag des 5. Jahrestags der Republik, auf der geheiligten Höhe Saur-Mogila ein internationales antifaschistisches Forum stattfand, das 19 kommunistische Parteien und antifaschistische Organisationen aus 15 Ländern unterstützten. Nachdem er die Resolution verlesen hatte, stellte der Vorsitzende der Kommunisten der DVR die Vermutung auf, dass Georgi Dimitroff sie gewiss unterstützt hätte. Die Kundgebungsteilnehmer stimmten für die Unterstützung der Resolution.

Nach den Redebeiträgen führten die Kundgebungsteilnehmer einen kleinen Subbotnik um das Denkmal für G. Dimitroff durch und legten Blumen am Monument nieder. Der erste Sekretär des ZK der KP der DVR Boris Litwinow beteiligte sich daran, Rosenbüsche und andere Blumen zu setzen.

An der Kundgebung nahmen Vertreter der Botschaft Bulgariens in Moskau, der außerordentlichen und bevollmächtigten Botschafter Venezuelas in Moskau, Abgeordnete der Staatsduma Russlands, Abgeordnete und Kandidaten zur Moskauer Stadtduma teil.

de.sputniknews.com: **China droht Großbritannien mit Beziehungsverschlechterung – Medien**

Großbritannien soll sich laut dem chinesischen Botschafter in London, Liu Xiaoming, nicht in die inneren Angelegenheiten anderer Länder einmischen. Dies berichtet Reuters am Mittwoch.

Der Diplomat unterstrich, dass Hongkong heute ein Gebiet von China und nicht eine britische Kolonie sei.

„Die Regierung Großbritanniens hat es vorgezogen, sich auf die falsche Seite zu stellen“, erklärte er. Nach Liu's Worten habe London unangebrachte Erklärungen gemacht – sowohl zur Einmischung in Hongkongs Angelegenheiten als auch zur Unterstützung von leidenschaftlichen Rechtsbrechern.

Der Botschafter hatte zudem die Hoffnung zum Ausdruck gebracht, dass die neue britische Regierung, deren Chef Boris Johnson werden könne, nicht in fremde Angelegenheiten hineindrängen werde.

„Sollten sie diesem Grundsatz folgen – sehe ich keine Probleme. Doch solange diese Grundsätze verletzt werden, wird es in den Beziehungen Probleme geben“, drohte er.

Johnson hatte am 3. Juni erklärt, dass er in allem die Einwohner von Hongkong unterstütze.

Am 2. Juli hatte Großbritannien China gewarnt, dass im Fall einer Nichteinhaltung der Vereinbarungen zu Hongkong ernste Konsequenzen folgen würden.

Am Tag zuvor war berichtet worden, dass die Teilnehmer der Protestaktionen in Hongkong das Parlament vollständig unter ihre Kontrolle gestellt hätten. Später soll die Polizei es von ihnen befreit haben. Die Proteste begannen am 22. Jahrestag der Übergabe der Macht über Hongkong – einer ehemaligen britischen Kolonie - an China.

Im Juni sind über eine Million Einwohner von Hongkong wegen der Pläne der Regierung, ein Auslieferungsabkommen mit China, Taiwan und Macao zu unterzeichnen, protestieren gegangen. Am 15. Juni haben die Behörden die Erörterung des Projekts vorübergehend gestoppt, und drei Tage später trat die Chefin von Hongkong, Carrie Lam, vor ihre Bürger und versicherte ihnen, dass geplant werde, nur jene auszuliefern, die an Morden und Vergewaltigungen beteiligt gewesen seien.

Hongkong war von 1842 bis 1997 eine britische Kolonie. Aktuell gehört es zu China als eine Sonderverwaltungszone (einen ähnlichen Status besitzen Taiwan und Macao).



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images//32537/68/325376899.jpg>

rusvesna.su: **Der Zusammenbruch der Verteidigung der DVR: ein Ereignis, das den Rückzug aus Slawjansk notwendig machte**

Der Leiter des Pressedienstes der Volksmiliz der DVR, Daniel Bessonov, erinnert sich auf seiner persönlichen Seite im sozialen Netzwerk an die Ereignisse vor fünf Jahren.

Wenige Leute erinnern sich daran, was vor fünf Jahren an der Front geschehen ist. Zu diesem Zeitpunkt gab es jedoch ein Ereignis, das einen sofortigen Rückzug aus Slawjansk nach Donetsk notwendig machte - den Verlust von Nikolajewka.

Hinzu kam dass sich die Stadt Slawjansk in einem Tal befindet, es war äußerst schwierig, sie zu verteidigen, und unter diesen Umständen war es praktisch unrealistisch. Die dominierende Höhe - Berg Karachun war seit dem 2. Mai war unter der Kontrolle der Streitkräfte der Ukraine. Alle kleineren Erhebungen befanden sich auch unter Kontrolle des Gegners, mit Ausnahme einer - Nikolajewka, die 20 Kilometer östlich von Slawjansk liegt. Ende Juni 2014 wurde Nikolajewka als wichtigster Verteidigungsbereich von rund 400 Milizionären besetzt. „Am 1. Juli begannen die Streitkräfte der Ukraine mit einer Artillerievorbereitung, bevor Nikolajewka gestürmt wurde. Es wurden alle Arten von schweren Waffen eingesetzt: Panzer, Selbstfahrlafetten, Mörser. Die schlecht ausgerüstete Milizpositionen wurden überrollt. Einige Milizeinheiten waren demoralisiert, und eine Kompanie von 124 Personen verließ ihre Positionen und ging nach Gorlowka, um sich dem Kommando Igor Bezler zu unterstellen. Ein großer Teil der Front von Nikolajew war damit entblößt.

Als Strelkow in der Nacht vom 1. auf den 2. Juli davon erfuhr, wurde eine Reserve der Kompanie des Kommandanten von Slawjansk nach Nikolajewka geschickt, um die Situation einzuschätzen und die Lücke in der Verteidigung zu schließen. In Nikolajewka gab es noch die Einheit ‚Machete‘ und die mobile Gruppe von Motorola.

Am 2. Juli, nach leichten Artillerievorbereitungen, versuchte der Feind einen Angriff. An dem Angriff nahmen neben Infanterie auch Panzer, Schützenpanzer und Panzerwagen teil. In dem Bereich der Front, der angegriffen wurde, und die nur von einer kleinen Anzahl von Milizsoldaten der Kommandantur verteidigt wurde, warf der Feind unter der Deckung der Infanterie 5 Panzer in den Angriff.

Den Milizsoldaten gelang es, einen Panzer vollständig zu vernichten und einen zweiten unschädlich zu machen den der gegner unter dem Schutz der drei verbleibenden Panzer evakuierte. Nach diesem Angriff schickte der Gegner die Infanterie nicht mehr in den Kampf. Der Feind hat sich dafür entschieden, Nikolajewka vom Antlitz der Erde zu tilgen.

Während dieses Tages betrug der Verlust der Miliz 6 Tote und 15 Verwundete. Nach Angaben des Pressezentrams der „ATO“, das seine Verluste stets unterschätzte, verlor der Gegner an diesem Tag 9 Tote und 13 Verwundete. Die zivilen Opfer waren viel höher.

Am 2. und 3. Juli pflügte Nikolajewka alles, was bei den Streitkräften der Ukraine im Einsatz

war: Flugzeuge, Panzer, Selbstfahrlafetten, Mörser. Es wurden auch Mehrfachraketenwerfer „Uragan“ eingesetzt, die hauptsächlich auf fünfstöckige zivile Wohngebäude und andere zivile Infrastruktur gerichtet waren.

Am 4. Juli waren die Milizsoldaten gezwungen, Nikolajewka zu verlassen und sich nach Slawjansk zurückzuziehen. Viele durchbrachen im Kampf die Umzingelung des Feindes. Im Kampf durchgebrochen ist auch der legendäre Motorola mit seiner Einheit.

Nach dem Verlust der letzten Höhe war die vollständig eingekesselte Slawjansker Garnison zur Niederlage verurteilt. An diesem Tag wurde beschlossen, Slawjansk zu verlassen.

Gleichzeitig, bei einem Luftangriff der ukrainischen Luftwaffe auf das Dorf Staraja Kondraschewka in einem anderen Frontabschnitt der LVR wurden am 2. Juli 2014 12 Menschen getötet und acht weitere verletzt. Unter den Toten befanden sich ein fünfjähriges Kind, Iwan Jermilow, und sein Vater.

Erst 5 Jahre sind seitdem vergangen, und wir haben bereits alles vergessen. “



https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/motorola_24.jpg

vormittags:

wpered.su: Aktivisten des Oblastkomitees Tjumen der KPRF trafen sich mit dem Vertreter des Donezker Stadtkomitees der KP der DVR Benes Ajo

Am 1. Juli traf sich das Aktiv der Oblastkomitees Tjumen der KPRF mit dem Vertreter des Donezker Stadtkomitees der KP der DVR, dem Unteroffizier der Armee der DVR, Benes Ajo. Dies teilt der Pressedienst der KPRF mit.

Benes Ajo berichtete über die Lage der Dinge im kämpfenden Donezk, den Versuch der Teilnahme der Kommunistischen Partei der DVR an den Wahlen, die Positionen der KPRF gegenüber dem Donbass, die Einrichtung einer äußeren Leitung über die Unternehmen, die zuvor ukrainischen Oligarchen gehörten, die widersprüchliche Politik der Führung Russlands gegenüber den Einwohnern des Donbass und von vielem anderen. Benes Ajo unterstrich, dass die KPRF die einzige Partei in Russland ist, die die Unabhängigkeit der DVR und der LVR anerkannt hat und dem Donbass ständig humanitäre Hilfe leistet.

Die Vorsitzende der Kommunisten der Region Tamara Kasanzewa überreichte Benes Ajo eine

Gedenkmedaille des ZK der KPRF „Aus Anlass des 140. Geburtstags J.W. Stalins“. Genosse Ajo seinerseits unterstützt die Aufstellung Anatolijs Knjashew als Kandidat für die Oblast-Duma von Tjumen für den Kalininskij-Verwaltungsbezirk der Stadt Tjumen und nahm ein Video zu seiner Unterstützung auf.



http://wpered.su/wp-content/uploads/2019/07/21-01-49-ed4e20_img_9355.jpg

deutsch.rt.com: **Russischer Vertreter: NATO bereitet Farbrevolutionen in OVKS-Staaten vor**

Ein hoher russischer Sicherheitsbeamter hat der NATO vorgeworfen, in Mitgliedstaaten der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS) Farbrevolutionen vorzubereiten. Dadurch sollen pro-westliche Regime an die Macht gebracht werden.

Die NATO bereitet Farbrevolutionen in einer Reihe von Mitgliedstaaten der von Russland geführten Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS) vor, um pro-westliche Politiker an die Macht zu bringen. Das erklärte der stellvertretende Sekretär des russischen Sicherheitsrates Raschid Nurgalijew in einem Interview mit der Zeitung Rossijskaja Gaseta. Er sagte:

„Es ist kein Geheimnis für uns, dass die NATO die Grundlagen dafür schafft, dass in einer Reihe von OVKS-Ländern westlich kontrollierte Regime etabliert werden, insbesondere durch die Anstiftung zu Farbrevolutionen“.

Nach Angaben des Beamten sind die OVKS-Mitgliedsstaaten gleichzeitig zu einer fruchtbaren Zusammenarbeit mit der NATO bereit:

„Wir haben viel zu besprechen. [Die Themen umfassen] das Ausmaß der terroristischen Bedrohung, die Fragen der illegalen Migration, den Kampf gegen den Terrorismus. In unserer globalisierten und eng vernetzten Welt wären wir daran interessiert, den Dialog zwischen Russland und der NATO wieder aufzunehmen. Unsererseits ist dies nur auf gleicher Augenhöhe möglich.“

Nurgalijew erinnerte daran, dass unabhängig von der Gestaltung der Beziehungen zwischen Russland und der NATO die Unterschiede zwischen den Organisationen immer prinzipieller Natur sind. Er erklärte:

„Die Zusammenarbeit der NATO mit Drittländern beinhaltet immer auch antirussische Elemente. Was die OVKS-Partner betrifft, so ist es das Ziel des Blocks, Zwietracht bei unseren Verbündeten in der Organisation zu säen.“

Zu den Mitgliedstaaten der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit gehören

Armenien, Weißrussland, Kasachstan, Kirgisistan, Russland und Tadschikistan.

lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden dreimal das „Regime der Ruhe“ im Verantwortungsbereich der LVR verletzt. Dies teilte die Vertretung der Republik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination des Regimes der Feuereinstellung (GZKK) mit.

Beschossen wurden die Gebiete von **Perwomajsk, Golubowskoje und Prischib.**

Geschossen wurde mit 82mm-Mörsern, Granatwerfern und Schusswaffen, darunter großkalibrigen.

Dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 3. Juli 3:00 Uhr bis 4. Juli 3:00 Uhr

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine 25. Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Gorlowka (Siedlung des Gagarin-Bergwerks, Siedlung des Bergwerks 6/7), Dolomitnoje, Sajzewo, Golmowskij, Donezk (Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks), Donezker Flughafen (Volvo-Zentrum, Terminal), Wasiljewka, Mineralnoje, Jasinowataja, Alexandrowka, Nowaja Marjewka, Leninskoje, Kominternowo, Sachanka.**

Wie schon mitgeteilt wurde, wurde durch Beschuss von Seiten der BFU in Kominternowo eine Stromleitung in der Tschernjachowskij-Straße 2 beschädigt, in der Achmatowa-Straße 27 wurde ein nicht detoniertes Mörsergeschoss des Kalibers 120mm gefunden.

Außerdem entstand durch Beschuss von Seiten der BFU auf Sajzewo ein Brand in einem Haus in der Brusilow-Straße 17.

Zudem geriet ein weiteres Mal das Gebiet der Wasiljewker Pumpstation erster Ebene der Jushnodonbasskij-Wasserwerke unter Beschuss von Seiten der BFU, die Mitarbeiter waren gezwungen, sich im Schutzraum in Sicherheit zu bringen.

Außerdem wurde infolge von Beschuss der bewaffneten Formationen der Ukraine aus Richtung Kamenka in Richtung Jasinowataja in der Gartengemeinschaft „Jasen“ ein Gartenhaus vernichtet.

Durch Beschuss von Seiten der BFU auf Gorlowka wurden 40 Transformatorunterstationen außer Betrieb gesetzt, infolge eines direkten Treffers entstand ein Brand in der Molokow-Straße 53.

Opfer unter der Zivilbevölkerung wurden bisher nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen bewaffneten Formationen abgefeuerten Geschosse betrug 350.

Wir erinnern daran, dass die Zahl der Geschosse mit einem Kaliber bis 12,7mm nicht in die Gesamtstatistik im täglichen Bericht eingeht.

In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 670.

Ab 01:01 Uhr am 8. März 2019 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, nachhaltigen und unbefristeten Regimes der Feuereinstellung, der „Frühlings“-waffenstillstand in Kraft.

de.sputniknews.com: **Französisches Spähschiff ins Schwarze Meer eingelaufen**

Das französische Aufklärungsschiff „Dupuy de Lôme“ ist laut Angaben der Monitoring-

Ressource Bosphorus Observer in das Schwarze Meer eingelaufen.

Die Schiffsausrüstung umfasst zwei Navigationsradare, Satellitenkommunikationssysteme, eine Radarwarn- und -identifizierungsstation sowie Funk- und elektronische Aufklärungskomplexe.

Diese Ausrüstung ermöglicht Erkennung, Peilung und technische Analyse der Strahlung von verschiedenen Radaren sowie das Abfangen, Peilen und Abhören von Signalen von Kommunikationssystemen (einschließlich Satellitensignale). Sie kann die modernsten Arten von Übertragungen abfangen, darunter E-Mails und Handygespräche.

Das letzte Mal hielt sich das Schiff im Juni 2015 im Schwarzen Meer auf. Kurz nach der Wiedervereinigung der Krim mit Russland, im April 2014, war „Dupuy de Lôme“ ebenfalls in der Schwarzmeerregion präsent.

Nach Informationen des russischen Verteidigungsministeriums findet das Nato-Militärmanöver Sea Breeze 2019 vom 1. bis zum 12. Juli im nordwestlichen Teil des Schwarzen Meeres statt. An den Übungen nehmen Luftstreitkräfte sowie Kriegsschiffe von Bulgarien, Dänemark, Griechenland, Großbritannien, Italien, Kanada, Lettland, Estland, Polen, Rumänien, der Türkei und der USA teil. Zudem beteiligen sich an dem Manöver Verbündete wie Schweden, die Ukraine, Moldawien, Georgien und die Vereinigten Arabischen Emirate.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images//32537/78/325377811.jpg>

Telegram-Kanal der Vertretung der DVR im GZKK: Wie bereits mitgeteilt wurde, haben die BFU um 6:25 Uhr **Sajzewo** beschossen.

Dabei wurden eine Stromleitung, die Fensterverglasung und die Fassade eines Wohnhauses in der Rybalko-Straße 154 beschädigt.

Nach vorläufigen Informationen gibt es keine Opfer unter der Zivilbevölkerung. Genauere Informationen werden ermittelt.

de.sputniknews.com: **Russland an Wiederaufbau der Beziehungen zu EU interessiert – Putin**

Russland ist am Wiederaufbau der umfassenden Beziehungen zu der EU interessiert und bereit zu einer Zusammenarbeit mit allen Kräften, die die Unterstützung der europäischen Wähler bekommen haben. Dies erklärte der russische Präsident in einem Interview für die italienische Zeitung „Corriere della Sera“.

„Wir sind am Wiederaufbau der umfassenden Beziehungen zwischen Russland und der EU, der Erhaltung des Friedens und der Aufrechterhaltung von Sicherheit und Stabilität auf unserem gemeinsamen Kontinent interessiert“, sagte Russlands Staatschef.

„Wir sind bereit zu einer konstruktiven Zusammenarbeit mit allen politischen Kräften, die das Mandat der europäischen Wähler bekommen haben“, präzisierte er.

Konsens über Entwicklung guter Beziehungen zu Russland

In seinem Interview sagte der Präsident, dass es in Italien einen Konsens unter den politischen Kräften zur Entwicklung guter Beziehungen zu Russland gebe. „Und wir antworten darauf mit voller Gegenseitigkeit.“

„Ungesunde Situation“ in Weltbeziehungen

„Um die aktuelle ungesunde Situation zu bewältigen, sollte man auf archaische Konzeptionen der ‚Eindämmung‘ und ‚Block-Philosophie‘ aus den Zeiten des ‚Kalten Krieges‘ verzichten. Das Sicherheitssystem muss einheitlich und unteilbar sein“, antwortete Putin auf eine Frage bezüglich der Befürchtungen Russlands wegen der Nato-Expansion und der Erklärungen aus Osteuropa über eine mögliche Aggression seitens Moskaus.

Putin zufolge muss das moderne Sicherheitssystem auf den grundlegenden Prinzipien der zwischenstaatlichen Kommunikation beruhen, die „in der UN-Charta und in der Schlussakte von Helsinki“ verankert sind.

Dialog mit Kiew?

Moskau ist Putin zufolge bereit, die Beziehungen zur Ukraine zu verbessern sowie einen konstruktiven Dialog mit Kiew aufzunehmen. Dafür nannte er eine Bedingung:

„Ja, das ist möglich, wenn (Wladimir) Selenski beginnt, seine Vorwahlversprechungen zu erfüllen.“

Russlands Präsident verwies auf die Versprechungen von Selenski, einen direkten Dialog mit Vertretern der selbsterklärten Volksrepubliken Lugansk und Donezk aufzunehmen und auf den Begriff „Separatisten“ in Bezug auf sie zu verzichten.

Die Ukrainer warten laut Putins Aussagen auf konkrete Schritte seitens Selenski zur Erzielung des Friedens im Donbass sowie der Lösung der innenpolitischen Fragen.

„Die Kiewer Behörden müssen endlich verstehen, dass der Konflikt zwischen Russland und der Ukraine nicht im Interesse der beiden Seiten ist, im Vergleich zur Entwicklung einer pragmatischen Zusammenarbeit auf Grundlage von Vertrauen und Verständigung.“

Italien-Besuch

Am Donnerstag besucht der russische Präsident Wladimir Putin Italien, wo er Verhandlungen mit dem italienischen Präsidenten Sergio Mattarella und Ministerpräsidenten Giuseppe Conte führen wird. Darüber hinaus wird sich Russlands Staatschef mit Papst Franziskus treffen.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images//32532/99/325329985.jpg>

Lug-info.com: Erklärung des Außenministers der LVR Wladislaw Dejnego

Bei der letzten Sitzung der Kontaktgruppe wurde die Frage des Wiederaufbaus der Brücke im Gebiet von Staniza Luganskaja aufgeworfen.

Die ukrainische Seite weigerte sich, ihr Projekt zum Wiederaufbau der Brücke vorzulegen.

Dabei hat die Ukraine dem Projekt, das das IKRK vorgeschlagen hatte und das 2017 von der LVR unterstützt worden war, ein weiteres Mal nicht zugestimmt.

Ich erinnere daran, dass dieses Projekt eine Breite der Brücke von 3 Metern und eine Belastbarkeit von 5 Tonnen vorsah, was es ermöglichte, dass Krankenwagen die Brücke überqueren.

Außerdem ruft die Summe, die für die Brücke vorgesehen ist, Fragen auf. Weil das Projekt, das das IKRK vorgeschlagen hat, Ausgaben vorsieht, die um Größenordnungen geringer sind als die 60 Mio. Euro, die die ukrainische Seite in den Medien genannt hat. Wir fürchten, dass die Gelder von ukrainischen Korruptionären, Beamten und Vertragsunternehmen gestohlen werden, statt die Brücke zu reparieren.

Am 3. Juni hat das Verteidigungsministerium der Ukraine erklärt, dass „ein weiteres Stück Donbass zurück erkämpft wurde“. Wir wollen die ukrainische Seite vor der Verlockung einer Einnahme des Trennungsabschnitts im Gebiet von Staniza Luganskaja unter der Deckung der Reparatur der Brücke warnen. Die Ukraine darf die Erfahrung aus Petrowskoje und Solotoje nicht wiederholen. Die Republik ist bereit die Brücke eigenständig nach dem Projekt des IKRK zu reparieren. Wir sind sogar bereit, die Reparatur vollständig selbst zu finanzieren, damit die Einwohner des Lugansker Landes endlich die Kontaktlinie überqueren können.

de.sputniknews.com: **Das sind die grundsätzlichen Unterschiede zwischen Russland und USA – Putin**

Im Vorfeld seines Italien-Besuchs hat der russische Präsident Wladimir Putin in einem Interview mit der italienischen Zeitung „Corriere della Sera“ erklärt, wodurch sich Russland grundsätzlich von den USA unterscheidet.

Putin zufolge besteht der Hauptunterschied zwischen den beiden Ländern darin, dass sich Russland nicht in innere Angelegenheiten anderer Staaten einmischet.

„Die Vorwürfe gegen Russland, sich in den US-Wahlkampf eingemischt zu haben, sind ein Gipfel der Absurdität. Es ist hinlänglich bekannt, wie das ausgegangen ist – mit nichts, mit einem Reinfall“, sagte Putin.

Auch die Schlussfolgerungen der Kommission des US-Sonderermittlers Robert Mueller haben laut Putin bestätigt, dass es kein Komplott gegeben habe. „Es ist ihnen nicht gelungen, Fakten zu sammeln, da es einfach keine gab.“

„Ich will ganz klar sagen: Wir haben uns nicht in die inneren Angelegenheiten der EU-Länder oder anderer Staaten der Welt eingemischt und wollen uns nicht einmischen. Darin besteht unser wichtigster Unterschied zu den USA und deren Verbündeten, die zum Beispiel den Umsturz in der Ukraine im Februar 2014 unterstützt hatten“, betonte Putin. ...

Lug-info.com: **Das Oberhaupt der LVR Leonid Pasetschnik hat den Vertretern der Staatsorgane den Auftrag erteilt, die Frage des Wiederaufbaus der von den ukrainischen Streitkräften zerstörten Brücke in Staniza Luganskaja mit eigenen Kräften der Republik gemäß dem Projekt des IKRK zu bearbeiten.**

„Was tut die ukrainische Regierung statt möglichst schnell die Brücke am KPP bei Staniza wiederaufzubauen? Sie suchen Vorwände für PR, reden über ein ‚angeblich zurück erkämpftes Stück Land‘. Sie erhöhen die Kostenvoranschläge für den Bau der Brücke entsprechend einem Entwurf, den niemand kennt. Sie hoffen sich traditionsgemäß an den Schwierigkeiten der Menschen bereichern zu können. Das ist das Gesicht der ukrainischen Korruption.“

Ich meinerseits habe bereits den Auftrag gegeben, die Frage eines möglichst schnellen Wiederaufbaus der Brücke durch Kräfte der Republik nach dem Entwurf des IKRK zu bearbeiten. Unsere Aufgabe ist es, so schnell wie möglich Tausenden unserer Menschen auf beiden Seiten der Kontaktlinie zu helfen, die sich jeden Tag auf dem Übergang quälen“, schrieb Pasetschnik in Twitter.

rusvesna.su: **Putin wurde auf einem Friedhof in der Nähe von Kiew "begraben"**

Auf einem der Provinzfriedhöfe in der Stadt Jagotin in der Region Kiew haben die Anwohner den russischen Präsidenten Wladimir Putin „begraben“.

Fotos mit einem Grabstein aus schwarzem Granit und einem improvisierten Epitaph für „Wladimir Wladimirowitsch von glücklichen Ukrainern“ wurden von einem Einheimischen in das Netzwerk hochgeladen.

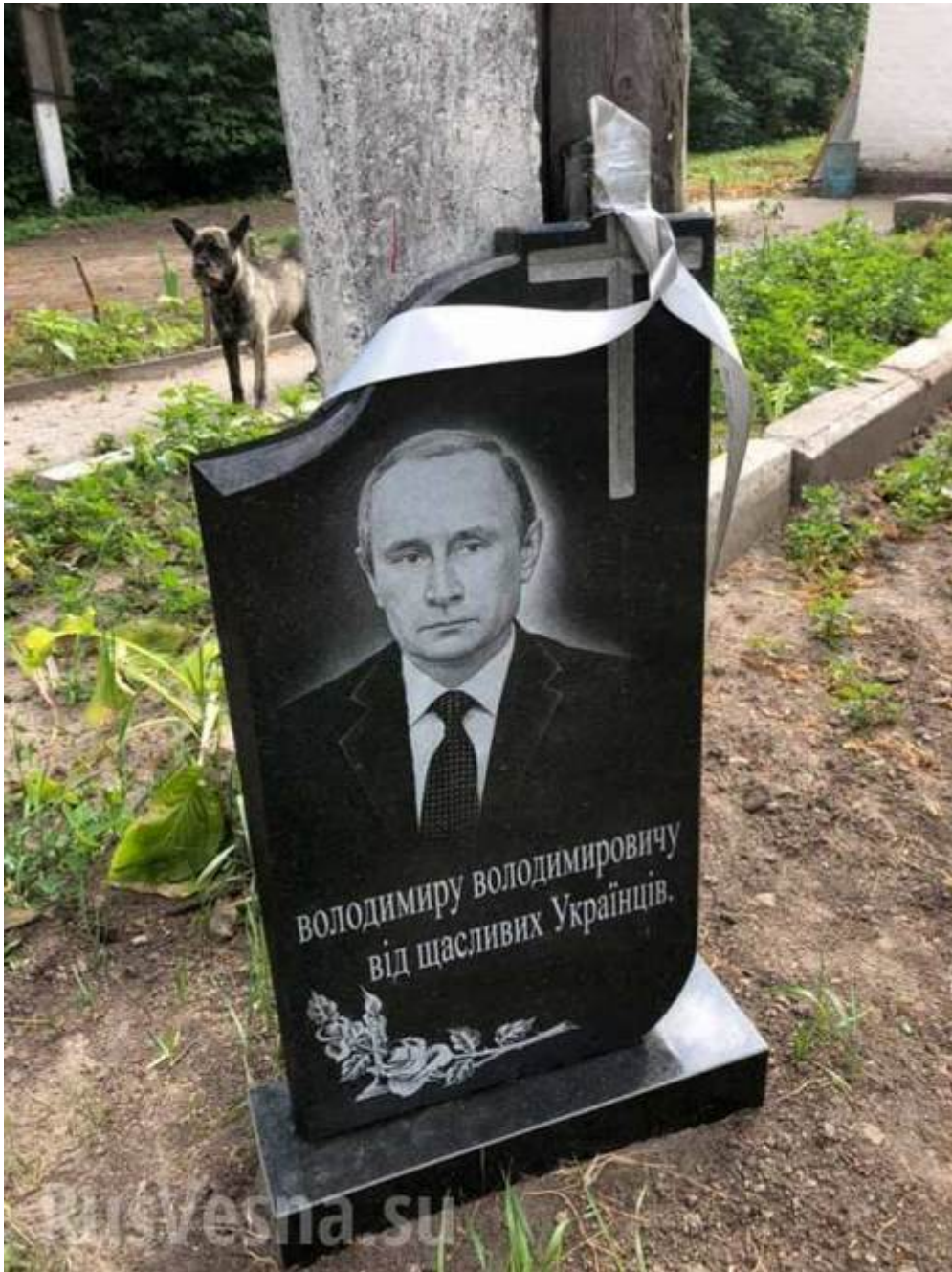
„Nun, sie sind in der Lage, in ihrer Heimatstadt Jagotin hervorragende Arbeit zu leisten“, signierte der Autor sein Foto mit Sarkasmus.

Die Netzwerkbenutzer reagierten auf den Vorfall, obwohl eine solche Provokation nicht zum ersten Mal durchgeführt wurde: Das „Begräbnis“ Wladimir Wladimirowitschs wird fast zu einem ukrainischen Nationalspaß.

So schrieb der bekannte Publizist Armen Gasparjan auf seinem Twitter:

„Es ist typisch. In Jagotin (Region Kiew) haben die Anwohner Putin „begraben“ und sein Porträt auf einem Granit-Grabstein gemeißelt.“

In den Kommentaren unter Gasparjans Beitrag vermutete einer der Benutzer: „Jetzt werden sie anfangen zu schreiben, dass Putin nicht real existiere, weil er in der Region Kiew begraben liegt.“



https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/by_text/public/nadgrobie_putin.jpg

Lug-info.com: Pressekonferenz des Dekans der Fakultät für Metallurgie und Maschinenbau der Donbasser staatlichen technischen Universität (DonSTU), Kandidat der technischen Wissenschaften Jurij Isjumow.

Die Fakultät ist die größte der Hochschule, dort studieren etwa 900 Studenten. Die Fakultät umfasst sechs Lehrstühle, die in fünf Fachgebieten ausbilden: Metallurgie, technologische Maschinen und Ausrüstung, konstruktiv-technische Versorgung der Maschinenbauindustrie, Chemietechnologie und Energiemaschinenbau. Dabei werden Spezialisten für verschiedene Bereiche der Metallindustrie und für Bergbaumaschinen ausgebildet.

„Wenn man berücksichtigt, dass inzwischen das Altschewsker Metallkombinat seine Arbeit aufgenommen hat, ist der Bedarf groß. Außerdem kommt der Maschinenbau wieder auf die Beine, die Bergwerke. Natürlich garantieren wir den Absolventen Arbeitsplätze. Das wird noch viele Jahre so weitergehen“, sagte der Dekan. ...

Dnr-online.ru: Die bewaffneten Formationen der Ukraine haben wieder in Richtung Gorlowka geschossen, am 3. Juli um 22:50 Uhr wurde durch Feuer der BFU eine Hochspannungsleitung beschädigt, 40 Transformatorunterstationen fielen aus, drei Stadtbezirke hatten keinen Strom: Kurganka, Rtutnyj und Glubokaja, insgesamt 4986 Haushaltsverbraucher, 2 Schulen, 3 Kindergärten und die Kanalisationspumpstation.

Das Kohle- und Energieministerium der DVR teilt mit, dass die Störungsbrigaden der republikanischen Elektrizitätsgesellschaft, die Verbraucher auf operativ auf Reservekanäle umgestellt haben. Heute um 4:58 Uhr hatten alle Objekte in Gorlowka wieder Strom.

Bei der Untersuchung wurde der von Geschossen erzeugte Schaden an der Leitung zwischen den Masten 25 und 26 gefunden. Die Reparatur wurde begonnen, nach ihrem Abschluss werden die genannten Stadtbezirke wieder auf die normale Versorgung umgestellt.

de.sputniknews.com: **Wegen Einstellung von F-35-Lieferung: Erdogan wirft USA Raub vor**

Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan hat sich bei seinem Besuch in China zu der Weigerung der USA geäußert, Kampfflugzeuge F-35 aus eigener Produktion an die Türkei zu liefern. Dabei verglich er die Haltung Washingtons mit Raub. Dies teilt die türkische Zeitung „Sabah“ mit.

„Wenn Sie einen Kunden haben, der regelmäßig seine Zahlungen tätigt, wie können Sie diesem Kunden dann nicht das geben, was er will? Das nennt man Raub“, so Erdogan gegenüber Journalisten.

Ihm zufolge hat die Türkei den USA im Rahmen des Vertrages zur F-35-Lieferung bereits 1,4 Milliarden Dollar gezahlt.

Zuvor teilte Jonathan Hoffman, der Sprecher des Pentagons, mit, dass der geschäftsführende Leiter der Behörde, Mark Esper, erklärt habe, die Türkei werde keine Kampfjets F-35 aus US-Produktion erhalten, wenn sie russische S-400-Flugabwehrsysteme kaufen sollte.

Russland und die Türkei hatten im Dezember 2017 ein Kreditabkommen zur Lieferung von S-400-Komplexen unterzeichnet. Ankara kauft demnach zwei Batterien, die von türkischen Militärs bedient werden sollen. Zwei weitere Batterien sollen in der Türkei montiert werden. Die USA und andere Nato-Länder haben Ankara wegen des Deals mit Moskau wiederholt kritisiert. So warnte der Berater des US-Außenministers, Wess Mitchell, dass sich der Kauf von S-400-Anlagen negativ auf die Lieferung von F-35-Flugzeugen aus den USA an die Türkei auswirken könnte.

Die türkische Seite hatte wiederholt erklärt, dass der S-400-Kauf ein abgeschlossenes Geschäft sei.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images//32522/34/325223423.jpg>

telegram-Kanal der Vertretung der DVR im GZKK: Wie schon berichtet wurde, haben die BFU heute um 10:40 Uhr das Feuer mit Schützenpanzern in Richtung **Jasnoje** eröffnet. Infolge des Beschusses wurden Schäden am Dach einer Sommerküche in der Walow-Straße 23 festgestellt.

Nach vorläufigen Informationen gibt es keine Opfer unter der Zivilbevölkerung. Genauere Informationen werden ermittelt.

nachmittags:

de.sputniknews.com: **Türkei beginnt geopolitisches Spiel auf Seiten Chinas**

Zwei große muslimische Länder – die Türkei und Malaysia - haben fast gleichzeitig den USA und anderen westlichen Ländern das Signal gesendet, dass sie sich bei der Xīnjiāng-Frage (Uiguren-Konflikt) nicht gegen China wenden werden.

Das ging vom Präsidenten der Türkei, Recep Tayyip Erdogan, in Peking bei Verhandlungen mit dem Staatschef Chinas, Xi Jinping, und vom Minister für Angelegenheiten der Religionen Malaysias, Mujahid Yusof Rawa, aus, der über die Ergebnisse seiner Reise nach Xīnjiāng berichtete.

Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan sagte, dass es eine unbestreitbare Tatsache sei, dass alle Völker im chinesischen Xīnjiāng angesichts der Entwicklung und Prosperität Chinas glücklich leben.

Erdogans Äußerungen beim Treffen mit Xi Jinping folgten vier Monate nach der Kritik des türkischen Außenministeriums zur Lage der Uiguren in Xīnjiāng. Das Außenamt in Ankara sprach damals von „einer große Schande für die Menschheit“. Die damalige türkische Kritik an der Uiguren-Politik Pekings war die lauteste aus der muslimischen Welt.

Der Kurswechsel der Türkei sei das Ergebnis der mühsamen diplomatischen Anstrengungen Pekings, meint der Direktor des Türkei-Zentrums der Shaanxi Normal University, Li Binzhong.

„Die Türkei hatte früher die Politik Chinas in Xīnjiāng kritisiert, doch das war de facto nur eine Erklärung eines Vertreters des Außenministeriums der Türkei. Sie wurde nicht auf hoher politischer Ebene ausgedrückt und muss nicht unbedingt die Position des Präsidenten Erdogan widerspiegeln“, so der Experte.

„Die Türkei änderte später tatsächlich ihre Position. Das ist damit verbunden, dass das Außenministerium und die chinesische Botschaft in der Türkei viel Arbeit geleistet haben. Chinas Botschafter in der Türkei, Deng Li, erklärte das und übermittelte die Wahrheit in seinem Interview. Auf der anderen Seite durchlebt die Regierung Erdogans innen- und außenpolitisch derzeit eine sehr schwere Phase. Der China-Besuch des Präsidenten der Türkei ist einer der Wege, eine Lösung der innen- und außenpolitischen Probleme zu finden. Wegen eigener Interessen wird die Türkei auf die Fragen aufmerksam, die Besorgnisse der chinesischen Regierung und die indigenen Interessen Chinas betreffen“, sagte der Experte. Beobachtern zufolge konnte die frühere Position Ankaras über die Menschenrechtssituation in Xīnjiāng unter dem Druck der USA entstanden sein. Jetzt sicherte der türkische Präsident bei Verhandlungen mit dem chinesischen Staatschef zu, dass die „türkische Seite niemandem erlauben wird, einen Keil in die türkisch-chinesischen Beziehungen zu treiben“. Der Politologe Stanislaw Tarassow meint, dass die Erklärungen Erdogans zur Xīnjiāng-Frage den Beginn eines großen geopolitischen Spiels der Türkei bedeuten:

„Erdogan beginnt ein aktives Spiel mit China. Er ist natürlich auch hinter den Kulissen diplomatisch aktiv, indem er versucht, Peking zu beeinflussen, um die Uiguren-Frage zu lösen. Allerdings bereitet er sich darauf vor, einen chinesischen Kredit zu nehmen, was es zuvor nicht gab. Anscheinend ist die wirtschaftliche Situation in der Türkei schwierig, zumal die Amerikaner die Sanktionen gegen die Türken nutzen. Neben einer Allianz mit China ist

Erdogan gleichzeitig mit Russland befreundet. Er positioniert sich also zusammen mit Peking und Moskau im Rücken als ein Vertreter einer Großmacht. Er betont auch, dass sich die Amerikaner gegenüber der Türkei nicht so verhalten, wie das Ankara erwartet. Mit seinem Spiel mit China versucht er natürlich auch, die Unterstützung der Anhänger des Islams in Südostasien zu bekommen, was ebenfalls von großer Bedeutung für ihn ist.“

Der Minister für Angelegenheiten der Religionen Malaysias, Mujahid Yusof Rawa, wurde von Politikern und Menschenrechtlern in seinem Lande wegen Fotos aus Xīnjiāng nach einer siebentägigen Reise in dieses Gebiet in der vergangenen Woche kritisiert. Auf den Fotos sind Bildungszentren in Xīnjiāng zu sehen. Der Fotobericht über die Reise enttäuschte Shamini Darshni Kaliemuthu, den Exekutivdirektor von Amnesty International Malaysia. Er hatte wohl damit gerechnet, auf diesen Fotos Szenen aus dem Leben des „Konzentrationslagers“ zu sehen, von denen so viel im Westen geredet wird.

Das blinde Befolgen der westlichen Kritik an China und das Gleichsetzen der Separatisten und der Kämpfer für die Rechte der Uiguren in Xīnjiāng entsprechen kaum den nationalen Interessen Malaysias. Malaysia ist ohnehin stark gefordert bei der Bekämpfung der Gefahr durch islamistische Terroristen, die versuchen, in diesem Lande sich niederzulassen und es zum Aufmarschgebiet für weitere Terroranschläge zu machen.

Die Erklärung Erdogans zu Xīnjiāng wurde am Tag der geschlossenen Sitzung des Regionalzentrums der Vereinten Nationen für vorbeugende Diplomatie für Zentralasien unter Teilnahme der Mitglieder des UN-Sicherheitsrats gemacht. Während der Debatten warfen Vertreter der USA und Deutschlands China schlechten Umgang mit Gruppen der muslimischen Minderheiten in Xīnjiāng vor, wie ungenannte Quellen mitteilten. Daraufhin sagte der chinesische UN-Botschafter Ma Zhaoxui, dass die USA und Deutschland nicht das Recht hätten, diese Frage im UN-Sicherheitsrat zu stellen, weil es eine innere Angelegenheit Chinas sei.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images//32537/87/325378799.jpg>

Dan-news.info: Das staatliche Unternehmen Post des Donbass hat eine Briefmarke und einen Umschlag herausgebracht, die dem Leiter der Partisanenbewegung in der Ukraine in den Jahren des großen Vaterländischen Kriegs Sidor Kowpak gewidmet ist.

„Die Post des Donbass setzt die Briefmarkenserie ‚Kämpfer gegen den ukrainischen Nationalismus‘ mit der Herausgabe eines Markenblock, der aus einer Marke besteht, und einem Ersttagsumschlag mit einem speziellen Stempel, die dem ‚Partisanengeneral‘, dem legendären Kommandeur der Partisanenverbände Sidor Artjomowitsch Kowpak gewidmet sind, fort“, teilte der Pressedienst der Post mit. ...

Sidor Kowpak war ein bekannter Militär und Parteiaktivist, Generalmajor, in der Jahren des Großen Vaterländischen Kriegs war er der Leiter der Partisanenbewegung in der Ukraine. Er

war zweifacher Held der Sowjetunion, Träger des Rotbannerordens, des Suworow-Ordens zweiter Klasse und des Bogdan-Chmelniczki-Ordens erster Klasse.

Die einmalige Taktik der Partisanenbewegung Kowpaks wurde zu einem weltweiten Lehrbeispiel. Die Exaktheit der bekannten Kowpak-Angriffe studierten Partisanen Angolas, Mosambiks, vietnamesische Feldkommandeure und lateinamerikanische Revolutionäre. Militärspezialisten unterstreichen auch heute das außerordentliche Heerführungstalent Kowpaks.



https://dan-news.info/wp-content/uploads/2019/07/dan-news.info-2019-07-04_06-35-49_147039-.jpg

de.sputniknews.com: **Geht von Russland Gefahr aus? Finnisches Verteidigungsministerium antwortet**

Finnland sieht sich laut dem neuen finnischen Verteidigungsminister Antti Kaikkonen keiner militärischen Bedrohung durch Russland ausgesetzt, wird aber seine Verteidigungsfähigkeit weiter unter Berücksichtigung der Tatsache ausbauen, dass der Nachbar eine Großmacht ist. „Finnland ist keiner unmittelbaren militärischen Bedrohung durch Russland ausgesetzt. Wir befinden uns jedoch an der Grenze eines Militärbündnisses (Nato) und sind Nachbar einer Großmacht. Finnland hat seine Verteidigungsfähigkeit trotz des Endes des Kalten Krieges kontinuierlich aufrechterhalten und wird sie auch in Zukunft weiter ausbauen“, sagte der Verteidigungsminister im Interview mit der Armee-Zeitung „Ruotuväki“.

Laut Kaikkonen ist das vorrangige Ziel der finnischen Verteidigungsfähigkeit die Schaffung einer präventiven Schwelle hinsichtlich der Anwendung militärischer Gewalt und der Bekämpfung von Angriffen auf das Land.

Der Staatspräsident Finnlands, Sauli Niinistö, hatte am 6. Juni eine neue Regierung ernannt. An der Koalition unter Ministerpräsident Antti Rinne beteiligen sich die Sozialdemokratische Partei Finnlands, die Finnische Zentrumsparterie, die Grünen, das Linksbündnis und die Schwedische Volkspartei. Das Kabinett besteht aus 19 Ministerinnen und Ministern. Antti Kaikkonen, der 45-jährige Abgeordnete der Finnischen Zentrumsparterie, wurde zum

Chef des Verteidigungsministeriums ernannt.

Finnland teilt eine 1.300 Kilometer lange Landgrenze mit Russland und ist kein Nato-Mitglied.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/32458/04/324580402.jpg>

armiyadnr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Leitung der Volksmiliz der DVR zur Lage am 04.07.2019

In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Kämpfer die Gebiete von 14 Ortschaften der Republik beschossen, es wurden 25 Artilleriegranaten, davon 10 des Kalibers 152mm, sowie 107 Mörsergeschosse, davon 96 des Kalibers 120mm, abgefeuert.

In **Richtung Gorlowka** haben die Kämpfer Poljakows und Garas' aus der 53. und 30. Brigade **Sajzewo Jushnoje, Dolomitnoje, Wasiljewka, Golmowskij** sowie die **Siedlungen des Gagarin-Bergwerks und des Bergwerks 6/7** mit 122mm-Artillerie, 120mm- und 82mm-Mörsern, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen.

In **Richtung Donezk** haben Kämpfer der 93., 57. und 24. Brigade unter Kommando der Kriegsverbrecher Bryshinskij, Mischantschuk und Guds **Jasinowataja, Alexandrowka, Mineralnoje** und das **Gelände des Donezker Flughafens** mit 120- und 82mm-Mörsern, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

In **Richtung Mariupol** haben Kämpfer Lawrienkos aus der 40. Artilleriebrigade zehn 152mm-Artilleriegranaten auf **Nowaja Marjewka** abgeschossen und ihre Komplizee aus der 36. Bande Gnatows haben den Beschuss von **Kominternowo, Leninskoje** und **Sachanka** mit 120mm-Mörsern, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern verschiedener Art, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen fortgesetzt.

Infolge der Verwendung von Brandgeschossen durch den Gegner auf Gorlowka entstand ein Brand in einem Wohnhaus in der Molokow-Straße 53 und es wurden 40

Transformatorunterstationen außer Betrieb gesetzt, außerdem geriet ein Wohnhaus in der Brusilow-Straße 17 in Sajzewo in Brand. Außerdem wurde infolge von Mörserfeuer der ukrainischen Strafruppen die Stromversorgung eines Teils von Kominternowo unterbrochen. Durch glücklichen Zufall konnten Opfer vermieden werden.

Durch Beschuss von Seiten der BFU **starb einer unserer Verteidiger und ein weiterer wurde verletzt**. Wir bringen ihren Familien gegenüber unser aufrichtiges Mitgefühl zum Ausdruck.

Die Gesamtzahl der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU betrug 25.

Heute Morgen hat der Gegner den zielgerichteten Beschuss von Sajzewo fortgesetzt, dabei wurden Stromleitungen und ein Wohnhaus in der Rybalko-Straße 154 beschädigt, außerdem wurde durch das Feuer eines feindlichen Schützenpanzers ein Haus in Jasnoje in der Walow-

Straße 23 beschädigt.

Alle Fälle von Beschuss auf Ortschaften sind dokumentiert, die Materialien wurden an Vertretern der internationalen Organisationen, die sich in der Republik befinden, sowie an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR zur Aufnahme von Strafverfahren gegen die ukrainischen Kriegsverbrecher übergeben.

Der Gegner unterlässt die Absichten nicht, uns zu einem erwidern Einsatz verbotener Waffen zu provozieren, um dann die Volksmiliz in den Augen der Weltgemeinschaft zu diskreditieren. Zu diesem Zweck ist heute am Stationierungsort der 30. Brigade ein Filmteam aus Rumänien eingetroffen. Solche Besuche ausländischer Massenmedien werden immer von einer Zunahme der Zahl der Beschießungen von Seiten der BFU begleitet.

Ein weiterer Faktor der Verstärkung des Beschusses durch die ukrainischen Strafruppen sind die „Informations“besuche von Vertretern von NATO-Ländern in der OOS-Zone.

Insbesondere ist die erhöhte Aktivität der Kämpfer der 36. Brigade in südlicher Richtung mit der Ankunft des Militärattachés Deutschlands in ihrem Verantwortungsbereich verbunden, der an der Spitze einer Delegation kam, um die Effektivität der ukrainischen Artillerie und die von ihnen genutzte Taktik des Inbrandsetzens von Feldern, Infrastrukturen und Häusern auf dem Territorium der DVR zu bewerten.

ukrinform.ua: **Ukraine erwartet Panzerlieferungen aus Kanada**

Die Ukraine will in Kanada Panzerfahrzeuge kaufen.

„Wir hatten ein Treffen mit dem Verteidigungsminister Kanadas, bei dem die militärische Zusammenarbeit diskutiert wurde, darunter den Kauf von letalen Waffen“, teilte der Innenminister der Ukraine, Arsen Awakow, nach dem Treffen mit. Beide hätten konkrete Deals bezüglich der neuesten Panzerfahrzeugen und einigen Waffenkomponenten besprochen. Laut Awakow kann der Abschluss des Vertrages in zwei bis drei Monaten erfolgen. „Dabei geht es um eine konkrete und für uns wichtige Waffenart“, betonte der ukrainische Minister. Im kanadischen Toronto dauert seit 2. Juli die Konferenz „Reformen in der Ukraine“. Das ist die dritte Konferenz zu diesem Thema, nach den Konferenzen in Kopenhagen 2018 und London 2017.



https://static.ukrinform.com/photos/2019_07/thumb_files/630_360_1562233691-136.jpg

mil-lnr.info: **Erklärung des Offiziers des Pressedienstes der Volksmiliz der LVR I.M. Filiponko**

In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen bewaffneten Formationen **dreimal das Regime der Feueinstellung mit von den Minsker Vereinbarungen verbotenen Waffen verletzt.**

In **Richtung Slawjanoserbsk** wurden auf Befehl des Kommandeurs der 14. mechanisierten Brigade, des Kriegsverbrechers Wojtschenko, **Prischib** und **Golubowskoje** mit 82mm-Mörsern, Granatwerfern und großkalibrigen Maschinengewehren beschossen.

In **Richtung Popasnaja** wurde auf Befehl des Kommandeurs der 54. mechanisierten Brigade, des Kriegsverbrechers Majstrenko, **Perwomajsk** mit großkalibrigen Maschinengewehren beschossen.

Die Fälle von Beschuss auf Ortschaften sind dokumentiert, die Materialien wurden der Generalstaatsanwaltschaft der LVR zur Aufnahme von Strafverfahren gegen die Kommandeure der 14. und 54. Brigade übergeben.

Die Kämpfer der 25. Brigade haben ihre Sammlung mit einem weiteren Verbrechen gegenüber zivilen Einwohnern des Donbass aufgefüllt. Wegen der ungeordneten Verminung der Gebiete an der Kontaktlinie durch Soldaten der ukrainischen Streitkräfte und dem Fehlen von Minenkarten geriet am 3. Juli ein Traktor auf eine Mine. In der Folge der Detonation erlitt der Traktorist, geb. 1984, unterschiedliche Verletzungen, er befindet sich zur Zeit im Zentralen Bezirkskrankenhaus von Staniza Luganskaja.

Von einer zuverlässigen Quelle im Stab der OOS erhalten wir weiter Informationen über **nicht kampfbedingte Verluste** in den Truppenteilen der operativ-taktischen Gruppierung „Nord“. Am 3. Juli beging im Gebiet von Luganskoje in der 30. mechanisierten Brigade der Soldat Sigajew Selbstmord. Zu diesem aufsehenerregenden Fall wurde eine Ermittlung einer Kommission des Stabs der OOS unter Leitung von General Syrskij durchgeführt, bei der festgestellt wurde, dass der Kommandeur der Kompanie den Soldaten mehrfach verletzt hat und bei ihm Geld erpresst hat.

Gestern wurde von unseren Soldaten in Richtung Slawjanoserbsk ein **Versuch des Gegners unterbunden, eine Drohne zu einzusetzen**. Im Gebiet von Sikolniki wurde durch koordinierte Handlungen des Personals eines Luftbeobachtungspostens eine Drohne des Gegners vom Typ „Quadrakopter“ vernichtet. Der Kriegsverbrecher der 14. mechanisierten Brigade Wojtschenko hat ein weiteres Beobachtungsgerät verloren. Foto- und Videomaterialien der Drohne werden von unseren Spezialisten untersucht.

de.sputniknews.com: **Neue US-Studie: Flüssiggas ist klimaschädlicher als Kohle**

Armin Siebert

Während der Kohleausstieg in Deutschland beschlossene Sache ist, wird der Bau von Flüssiggas-Terminals staatlich gefördert. Dabei ist dieses „LNG“-Gas klimaschädlicher als Kohle, wie ausgerechnet eine neue US-Studie belegt.

Eine neue Studie hat die Ökobilanz des LNG („Liquefied Natural Gas“, englisch für Verflüssigtes Erdgas) ermittelt und kommt zu dem Ergebnis, dass diese sogar noch schlechter als die von Kohle sei. Rechnet man Förderung und Transport mit ein, übertrifft der Ausstoß von CO₂ bei Flüssiggas den von Kohle, heißt es in einer neuen Studie der Forschungsgruppe Global Energy Monitors. Der in den USA ansässigen Vereinigung gehören internationale Forscher an, die die Auswirkung von fossilen im Vergleich zu alternativen Energieformen untersuchen. Die neue Studie nennt sich „The New Gas Boom“ und wurde von den US-Experten Ted Nace, Lydia Plante und James Browning erstellt.

Fracking – extrem umweltschädlich

In der Studie heißt es, dass der Großteil des weltweit verwendeten Flüssiggases aus den USA stamme und dort durch das umstrittene Fracking-Verfahren gewonnen wird. Beim Fracking wird nach einer Bohrung unter hohem Druck eine Flüssigkeit in den Boden gepresst, die das Gas nach oben spült. Diese Methode gilt als stark umweltschädlich, führt zu Verunreinigungen von Wasser und Böden und verstärkt zu Treibhausgas-Emissionen. Auch Erdbeben treten häufiger auf aufgrund von Unterspülung des Erdreichs. In Deutschland ist kommerzielles Fracking verboten.

Erstes deutsches LNG-Terminal für eine halbe Milliarde Euro

Unabhängig von der ursprünglichen Gewinnungsmethode, muss zur Herstellung von LNG das Gas auf minus 162 Grad heruntergekühlt werden. So wird das Volumen deutlich verringert, damit es in gekühltem Zustand mit Spezialschiffen über die Weltmeere zu speziellen LNG-Terminals transportiert werden kann, wo das Gas zur weiteren Verwendung wieder erwärmt wird. Solche Terminals gibt es bereits zuhauf in Europa, jedoch nicht in Deutschland. Im Zuge eines Deals der EU mit der Trump-Administration und später direkt zwischen dem deutschen Wirtschaftsministerium und den entsprechenden US-Einrichtungen wurde der staatlich geförderte Bau von wahrscheinlich zwei deutschen LNG-Terminals beschlossen. Der erste Flüssiggas-Hafen soll im schleswig-holsteinischen Brunsbüttel entstehen und etwa eine halbe Milliarde Euro kosten.

In der US-Studie wird davor gewarnt, weitere LNG-Terminals zu bauen, da die bisher gebauten noch bei weitem nicht ausgelastet sind.

Erdgas punktet gegenüber Flüssiggas

Flüssiggas wird meist nur als Alternative zu russischem Erdgas diskutiert. Selten findet der Umweltaspekt Beachtung. Hier punktet Erdgas nicht nur bei der Gewinnung, sondern auch beim Transport gegenüber Flüssiggas.

Russisches Erdgas wird auf konventionelle Weise durch Bohrungen gewonnen, die auch keine makellose Öko-Bilanz haben, aber doch einen deutlich geringeren CO₂-Abdruck als Fracking-Gas. Dazu kommt der Transport. Hierfür muss einmalig eine Röhrenleitung verlegt werden, wie zum Beispiel die Pipeline Nord Stream, die dann mehrere Jahrzehnte genutzt werden kann. Das Gas wird hierbei in seiner natürlichen Form transportiert. Es fallen keine Emissionen und Wasserverunreinigungen an wie bei dem Transport auf Spezialschiffen.

Klimaziele durch LNG um 40 Jahre zurückgeworfen

Ein steigender Anteil an LNG-Gas am Energiemix würde die CO₂-Bilanz Deutschlands verschlechtern und die Einhaltung der Pariser Klimaziele gefährden. Bisher wurde dieser Aspekt von Regierungsseite nicht kommentiert.

In der US-Studie wird argumentiert, dass man mit der Förderung von LNG-Gas nur eine fossile Energiequelle mit einer anderen ersetzen würde. In Bezug auf die CO₂-Bilanz sei dies Augenwischerei. Wörtlich heißt es in der Studie: „Alte Kohle-Infrastruktur mit neuer Gas-Infrastruktur zu ersetzen ergibt nur einen neuen fossilen Energiekreislauf, durch den die Umstellung des gesamten Systems (der Energiegewinnung, Anm. d. Red.) um weitere 40 Jahre zurückgeworfen wird. So ein Ergebnis wäre inkompatibel mit dem Ziel, fossile Emission bis 2050 auf null zu bringen.“

Russische Erdgas-Konkurrenz soll verdrängt werden

Die Gasversorgung in Deutschland erfolgt derzeit ausschließlich durch Pipelinegas, vor allem aus Russland. Ein wichtiger Aspekt ist hier neben der vorhandenen Pipeline-Infrastruktur der Preisvorteil von Erdgas, das im Moment etwa 25 Prozent billiger ist als LNG-Gas. Politisch soll nun in den Wettbewerb eingegriffen werden, indem in einem ersten Schritt staatlich gefördert LNG-Terminals vor allem zum Import US-amerikanischen Fracking-Gases gebaut werden. Den USA geht dies jedoch nicht weit genug. So möchte die Trump-Administration die im Bau befindliche neue russische Erdgas-Leitung Nord Stream 2 verhindern und mit Sanktionen belegen, um den Import russischen Erdgases nach Europa zu verkleinern oder zumindest zu verteuern. In dem entsprechenden Sanktionsgesetz wird explizit erwähnt, dass dies dem verstärkten Export von US-Flüssiggas nach Europa dienen soll.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images//32537/92/325379204.jpg>

Dan-news.info: „Spezialisten der ‚Charzysker Stromnetze‘ des republikanischen Unternehmens ‚Regionale Energieversorgungsgesellschaft‘ haben die Reparaturarbeiten an der Unterstation ‚Krasnoarmejskaja‘ abgeschlossen, die infolge von Beschuss der bewaffneten Formationen der Ukraine am 1. Juli stark beschädigt worden war“, teilte das Kohle- und Energieministerium der DVR mit.

Damit ist die Stromversorgung von 15 Ortschaften im Süden der DVR wieder in Betrieb. Die Reparaturarbeiten liefen über zwei Tage. Heute tagsüber wurde die Unterstation wieder in Betrieb genommen und alle Verbraucher erhielten aus den normalen Stromquellen Strom. Bereits am 1. Juli waren die Ortschaften an Reserveleitungen angeschlossen worden.

ukrinform.ua: **Gastransit: EU-Kommissar kündigt trilaterale Gasgespräche im September an**

Die nächste Runde der trilateralen Gespräche über den Transit des russischen Erdgases zwischen der Ukraine, Russland und der Europäischen Kommission wird im September 2019 stattfinden.

Das teilte EU-Energiekommissar Maros Sefcovic am Donnerstag vor dem Europäischen Parlament mit, berichtet ein Korrespondent von Ukrinform. Sefcovic wolle persönlich alles für eine Fortsetzung des Gastransits durch die Ukraine tun.

Der gültige Vertrag über den Transit des russischen Gases durch die Ukraine läuft am 31. Dezember 2019 ab. Russland verzichtete auf trilaterale Gespräche über den Gastransit durch die Ukraine im Mai und im Juni.

Der ukrainische Energiekonzern Naftogaz teilte zuvor mit, er Russland ein Transitvolumen von 60 Milliarden Kubikmeter Erdgas jährlich vorschlagen will.

abends:

de.sputniknews.com: **„Können keinen Fortschritt feststellen“: Russisches Außenministerium zu US-Truppenabzug aus Syrien**

Laut der Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, kann Russland keinen Fortschritt bei dem Abzug der US-amerikanischen Truppen aus Syrien feststellen. Das geht aus einer Pressekonferenz-Erklärung Sacharowas am Donnerstag hervor.

Die Außenamtssprecherin verwies darauf, dass eine klare Vorgehensweise der USA bei dem Abzug ihrer Militärs aus Syrien nicht zu erkennen sei:

„Wir stellen keinen Fortschritt fest. Aus dem einfachen Grund, weil man den Fortschritt dann erkennen könnte, wenn man die Logik der Handlungen versteht. Zusätzlich dazu gibt es

(grundsätzlich – Anm. d. Red.) eine offizielle Position, auf die man sich stützen kann. Eine klare offizielle Position, die über Fristen, quantitative Parameter und andere wichtige Aspekte informiert - eine solche Position gibt es nicht. Dementsprechend kann auch von keinem Fortschritt gesprochen werden.“

Sacharowa zufolge versucht die russische Führung, die „Logik der Handlungen (Washingtons – Anm. d. Red.) in der kurzfristigen Perspektive bei dem Abzug oder dem Nicht-Abzug der US-Truppen aus dem Territorium Syriens“ zu verstehen.

Die USA und ihre Verbündeten führen seit 2014 eine Operation gegen die Terrororganisation „Islamischer Staat“ in Syrien und im Irak. Der Militäreinsatz in Syrien erfolgt ohne Genehmigung der syrischen Regierung. US-Präsident Donald Trump hatte im Dezember vorigen Jahres ohne Angabe eines genauen Termins den Abzug der US-Truppen aus Syrien angekündigt.

Im Februar hatte das Weiße Haus mitgeteilt, dass zirka 200 Soldaten nach dem US-Truppenabzug aus Syrien weiterhin im Land stationiert bleiben sollen.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images//32538/08/325380848.jpg>

de.sputniknews.com: **Conte: Italien wird auf Aufhebung der Russland-Sanktionen hinarbeiten**

Die italienische Regierung wird sich darum bemühen, Bedingungen für die Aufhebung der gegen Russland verhängten Sanktionen zu schaffen. Dies sagte der italienische Ministerpräsident Giuseppe Conte auf einer Pressekonferenz, die im Anschluss an Verhandlungen mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin stattfand.

„Was die Sanktionen gegen Russland betrifft, so möchte ich sagen, dass meine Regierung immer, von Anfang an eine harte Position eingenommen hat und weiterhin darauf bestehen wird. Wir sind der Auffassung, dass die Sanktionen kein Ziel sind. Italien arbeitet darauf hin, dass Voraussetzungen für das Überwinden dieses Zustandes in den Beziehungen zwischen Italien und Russland, zwischen der Europäischen Union und Russland geschaffen werden. Dieser Zustand nützt niemandem“, so Conte.

Für die Aufhebung der gegenseitigen Sanktionen müssten bestimmte Bedingungen geschaffen werden, und Rom werde daran arbeiten, so Conte.

„Wir sind jederzeit bereit, an der Schaffung von Voraussetzungen für einen effektiveren Dialog teilzunehmen“, fügte Conte hinzu.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images//32538/28/325382819.jpg>

de.sputniknews.com: **Weltgemeinschaft soll endlich auf Versuche zur Bildung „Großalbaniens“ reagieren**

Die Außenminister Albanien und der selbsternannten Republik Kosovo, Gent Cakaj und Behgjet Pacolli, haben heute einen Vertrag über die Vereinigung und Koordinierung ihrer Außenpolitik unterzeichnet, wobei es sich unter anderem um den Zusammenschluss ihrer Botschaften handeln könnte.

Der Außenminister Serbiens, Ivica Dacic, hat in seinem exklusiven Kommentar für Sputnik erläutert, dass Pristina grundsätzlich keine selbstständige Außenpolitik ausüben könnte, denn Kosovo und Metochien seien Teile Serbiens. Und eine Vereinigung der Außenpolitik Kosovos mit der Außenpolitik Albanien käme überhaupt nicht infrage.

Diese Initiative zeugt nach Auffassung Dacics davon, dass es Pristina nicht besonders gut gehe:

„Das Fiasko, das die so genannte ‚Außenpolitik‘ Pristinas tagtäglich erleidet (verweigerte Anerkennung durch 13 Staaten, verweigerte Aufnahme in die Interpol und andere wichtige internationale Organisationen), macht die Regierungskreise offenbar nervös.“

Auf die Frage über die Folgen der Vereinigung der außenpolitischen Strategien Albanien und des selbsternannten Kosovos sagte der serbische Chefdiplomate:

„Das wird ihnen nichts nützen, denn ihre ‚außenpolitischen‘ Niederlagen werden fortdauern, bis sie verstehen, dass sie bereit sein sollten, mit Belgrad Vereinbarungen zu treffen, was den Interessen aller Seiten entsprechen würde.“

Was die zu erwartende Reaktion der Weltgemeinschaft angeht, unter anderem der Länder, die die Unabhängigkeit des Kosovos befürworten, sagte Dacic:

„Die internationale Völkergemeinschaft sollte endlich auf die offensichtlichen Versuche zur Bildung des so genannten ‚Großen Albanien‘ reagieren. Aus diesem Plan, aus diesem Projekt wird kein Geheimnis mehr gemacht. Es geht dabei um keine Verschwörungstheorie. Die Versuche zu seiner Umsetzung werden vor den Augen der ganzen Welt unternommen.“